

Punk gegen Rechts

Rechtsradikalismus in der DDR war ein alltägliches Tabu. Das Jugend(widerstands)museum Galiläakirche in der Rigaer Straße nimmt sich des Themas an.

Als 1990 Amadeu Antoniu Kiowa in einer brandenburgischen Kleinstadt von rechtsextremen Jugendlichen zu Tode geprügelt wurde, gab es schnell eine Schuldzuweisung an zugereiste Neonazis aus den alten Bundesländern. Doch diese Erklärung griff schon immer zu kurz. In der DDR wurde die nationalsozialistische Vergangenheit ausgeblendet. Die Parole vom völligen Neuanfang schnitt nach 1945 jegliche Diskussion über Mitverantwortung und Verstrickung aller Deutschen von vornherein ab. Die DDR habe ihre historische Leistung erbracht, hieß es. Schuld und Scham wurden wegrationalisiert.

Übergriffe von Neonazis zu DDR-Zeiten

Leider ist Friedrichshain immer wieder in den Negativschlagzeilen betreffs rechtsextremer Straftaten. 1986 lief im Kino Kosmos in der Karl-Marx-Allee „Rosa Luxemburg“, ein Film von Margaretha von Trotta. KinobesucherInnen, die den Fußweg am Seniorenheim nahmen, waren durch auf den Boden geschmierte Hakenkreuze mit der rauen Gegenwart konfrontiert. Ende der 1980er Jahre häuften sich neonazistische Übergriffe und Provokationen von Skinheads in der DDR. Diese wurden jedoch nicht als rechtsextreme Straftaten sondern als Rowdium oder aus dem Westen gesteuerte Provokationen verurteilt. Eine öffentliche Diskussion war tabu.

Am 17. Oktober 1987 überfielen Neonazis ein Punk-Konzert in der Ost-Berliner Zionskirche, in der „Die Firma“, eine Punkband aus Ost-Berlin, und „Element of Crime“ aus West-Berlin spielten. Einige Dutzend Ost-Berliner Neonazis prügeln auf Besucher und Passanten ein - die Polizei blieb tatenlos. Am



Subversiver Sticker aus DDR-Zeiten

nächsten Tag berichteten westliche Medien über diesen Überfall, so dass auch die DDR-Medien dieses Ereignis und damit die Existenz von Rechtsextremismus in der DDR nicht mehr stillschweigend übergehen konnten.

Alösa Punks legen einen Kranz nieder

Um sich von dem braunen Anstrich zu distanzieren, der ihnen von den

staatlichen Organen verpasst wurde, organisierten Ende 1983 die Ost-Berliner Alösa-Punks (benannt nach dem Treffpunkt ProFi-Keller auf dem Gelände der Erlöserkirche in Lichtenberg) eine Kranzniederlegung für die Opfer des Faschismus. Für diese Aktion wurde der Sticker „Nur Schafe brauchen einen Führer“ per selbst entwickelten Fotos hergestellt. Der Bahnhof von Oranienburg wurde jedoch abgeriegelt und das Konzentrationslager Sachsenhausen für geschlossen erklärt. Die Punks zogen unverrichteter Dinge ab und legten nach einem gelungenen, legendären Ablenkmanöver ihren Kranz bei zu spät eintreffender Staatsicherheit Unter den Linden, mitten in Berlin in aller touristischer Öffentlichkeit am Mahnmal für die Opfer des Faschismus nieder. Der Kranz wurde sofort von „Sicherheitskräften“ entfernt.

Erinnerung an den Mut von Menschen in der DDR

Im Rahmen von „20 Jahre danach“ – Veranstaltungen in Friedrichshain-Kreuzberg zum 20. Jahrestag des Mauerfalls hat die Hedwig-Wachenheim-Gesellschaft e.V. im Jugend[widerstands]museum Galiläakirche in der Rigaer Straße drei Veranstaltungen zum Thema „Gefahr von Rechts“ organisiert. Mit der am 9. November 2008 eröffneten Dauerausstellung „Wir lassen uns nicht nehmen, was uns sowieso nicht gehört!“ - Jugendwiderstand und Jugendopposition in der DDR 1968 bis 1989 - werden Bezugspunkte der jugendkulturell geprägten Oppositionsszene, z.B. Blues, Punk und Rock, an einem authentischen Ort erfahrbar. Die Ausstellung soll die Erinnerung an den Mut von Menschen in der DDR wach halten und deutlich machen, wie wichtig der „aufrechte Gang“ und Zivilcourage auch heute noch sind.

Elke Böttcher

Bundestagswahl am 27. September

Grüne Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Unter dem Motto „Grün dreht das“ trafen sich Bündnis 90/Die Grünen zu ihrer Bundesdelegiertenkonferenz vom 8. bis 10. Mai 2009 im Berliner Velodrom und beschlossen einstimmig ihr Bundestagswahlprogramm, den Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag, der Klima, Gerechtigkeit und Freiheit als richtungweisende Komponenten in sich vereint.

Diese Komponenten basieren in der Hauptsache auf der Schaffung einer Million neuer Jobs, die in ökologischer Modernisierung, Investition in Bildung und in ein gerechteres Gesundheitssystem, im sozialen Arbeitsmarkt und durch den Abbau der Schwarzarbeit entstehen sollen.

Gleiche Chancen für Alle

Um allen Menschen gerechtere Chancen im Leben und eine wirkliche Teilhabe an Bildung, Gesundheit, Arbeit und existenzsicherndem Einkommen zu garantieren, muss besonders der Sozialstaat überholt werden.

Dabei ist die grüne Grundsicherung ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung. So soll z. B. der Regelsatz für Erwachsene unverzüglich auf 420 € erhöht und mit steigenden Lebenshaltungskosten stetig angeglichen werden. Diese 420 € müssen den Menschen bleiben und dürfen nicht von Sanktionen berührt werden. Darüber hinaus können bis zu einem Verdienst von 400 € 50 % bei den Geringverdienenden verbleiben. Bis 800 € steigen die Abgaben dann allmählich an.

Menschen und Wirtschaft stärken

Eine wirksame Maßnahme zu mehr Unabhängigkeit in Partnerschaften ist die Abschaffung der Leistungsanrechnung in den Bedarfsgemeinschaften, die gegenwärtig besonders Frauen in

wirtschaftliche Abhängigkeit von ihrem Partner zwingt und sie von einem eigenständigen Anspruch auf Fortbildungsmaßnahmen ausgrenzt. Weiterhin soll die materielle Armut und die dadurch entstehende Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen effektiv bekämpft werden, indem die Regelsätze für sie an ihre entwicklungsbedingten Bedürfnisse angepasst werden. Dies muss die Kindergrundsicherung ermöglichen, die entscheidend über dem momentanen Regelsatz von 211 € liegen soll.

Grüne Pflegezeit garantiert Mindestnettolohn

Auch pflegebedürftige Menschen, Alte, Kranke und Behinderte mit und ohne Migrationshintergrund sowie Lesben und Schwule sollen in der Mitte der Gesellschaft ihren Platz finden und durch flexible Wohn-, Pflege- und Hilfsangebote unterstützt und individuell gefördert werden. Eine maßgebliche Rolle soll dabei die grüne Pflegezeit spielen, die eine dreimonatige Pflegezeit mit einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige, Freundinnen und Freunde auch im Fall einer Sterbebegleitung garantiert. Durch einen Nettomindestlohn von 7,50 € soll eine menschenwürdige gesellschaftliche Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer forciert werden.

Astrid Schmudde

Den Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag zum Downloaden: www.gruene-partei.de

Weitere Informationen

„20 Jahre danach“ – Veranstaltungen in Friedrichshain-Kreuzberg zum 20. Jahrestag des Mauerfalls, herausgegeben vom Bezirksamt Friedrichshain; www.diehedwig.org

Veranstaltungen zum Thema im Jugend[widerstands]museum Galiläakirche, Rigaer Straße 9-10, 10247 Berlin:

Fr 16.10. um 19.00 Uhr „Rechtsextremismus in Berlin vor und nach dem Fall der Mauer“ Podiumsdiskussion mit Wolfram Hülsemann (Ost-Berliner Stadtjugendpfarrer), Canan Bayram (MdA, Ini gegen Rechts), Vertreter/in von ReachOut (Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus) u.a.

Sa 17.10. um 19.00 Uhr „Rock gegen Rechts“ Konzert im Gedenken an den Skinheadüberfall auf Besucher des Konzertes (u.a. Element of Crime) in der Ostberliner Zionskirche am 17. Oktober 1987; Organisation: CLoF e.V., AWO Friedrichshain-Kreuzberg e.V.

So 18.10. ab 11.00 Uhr „Info- und Aktionstag gegen Rechts“ mit der Initiative gegen Rechts-Friedrichshain, der Antifa u. a.

Begleitausstellungen: „Dokumentation des mehrfachen Verschwindens der Gedenktafel für den von rechtsgesinnten Jugendlichen ermordeten Silvio Meier im U-Bahnhof Samariterstraße“ von Ute Donner und „Tatort-Fotos“ von Jörg Möller



Grüner Newsletter Frieke

Infos der Grünen Fraktion im Bezirksparlament von Friedrichshain-Kreuzberg

Egal ob lokaler Klimaschutz, Stadtentwicklung von unten oder die aktuelle Entwicklung am Spreeufer - der Grüne Newsletter Frieke bietet monatlich einen umfassenden Einblick in wichtige Themen aus der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und darüber hinaus. Auch dabei: ein Überblick über unsere konkreten Anträge, Anfragen und Resolutionen.

Grüner Newsletter Frieke im Web: www.frieke.de/bvv_fraktion/newsletter

Bestellen: Mail mit dem Betreff "Newsletter bestellen" an: newsletter-frieke@gruene-berlin.de



Impressum

Herausgeberin

Bündnis 90/Die Grünen
Friedrichshain-Kreuzberg

Dresdner Strasse 10
10999 Berlin

Tel.: 614 31 46
Fax: 614 31 42
Email: info@frieke.de

Stachel-Redaktion

Elke Böttcher
Barbara Fischer
Astrid Schmudde
Dirk Behrendt (db)
Alexander Jossifidis
Christian Könneke (ck) (V.i.S.d.P.)

Tel.: 614 31 46

ständige Gastautoren:
Christian Honnens
Jonas Schemmel

Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Leserbriefe und Anzeigen:
friekestachel@gruene-berlin.de

Internet: www.frieke.de
Layout & Satz: Jörn Jaath (jj)
Auflage: 10.000
Druck: Henke Pressedruck

SERVICE

Fraktionsbüro Bündnis 90/Die Grünen BVV Friedrichshain-Kreuzberg Yorckstraße 4-11 10965 Berlin Tel.: 030/902 98-25 90 Fax: 030/902 98-29 30 Email: fraktion-frieke@gruene-berlin.de Bürozeiten: Mo./Do. 13-17 Uhr Di. 10-14 Uhr Mi. 14-18 Uhr Fraktionsassistentin: Britta Byszio Email: fraktion-frieke@gruene-berlin.de Fraktionsvorstand: Antje Kapek, Daniel Wesener, Elvira Pichler, Manuel Sahib, Jutta Schmidt-Stanojevic	Grünes Büro Bündnis 90/Die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg Dresdner Straße 10 10999 Berlin Tel.: 030/614 31 46 (mit AB) Fax: 030/614 31 42 Email: info@frieke.de Bürozeiten: Mo. 10.00-12.30 Uhr Di. 10.00-14.00 Uhr Do. 16.00-19.00 Uhr Bezirksassistentin: Ute Siebert Geschäftsführender Ausschuss: Elke Böttcher, Erika Romberg, Katrin Schmidberger, Boris Jarosch, Christian Könneke, Franz Schwarz
Bündnis 90/Die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg Treffen der Bezirksgruppe wann: 2. und 4. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr wo: Seniorenfreizeitstätte, Falckensteinstrasse 6, 10997 Berlin-Kreuzberg Infos unter: info@frieke.de , www.frieke.de oder 030/614 31 46	Wahlkreisbüros von Christian Ströbele Dresdner Straße 10 10999 Berlin-Kreuzberg Tel.: 030/616 56 961 Fax: 030/399 06 084 Dirschauer Str. 13 10245 Berlin-Friedrichshain Tel.: 030/297 72 895 Fax: 030/399 06 084 Email: hans-christian.stroebele@wk.bundestag.de www.stroebele-online.de
Büro der Grünen Jugend Dirschauer Str. 13 10245 Berlin-Friedrichshain Tel.: 030/667 63 000 www.gruene-jugend.de	